



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 038-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.103

Eingereicht am: 10.03.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Weber Hadorn (Ostermundigen, SP) (Sprecher/in)
Haudenschild (Niederbipp, FDP)
Buri (Konolfingen, GLP)
Roggli (Rüschegg Heubach, Die Mitte)
Amstutz (Sigriswil, Parteilos)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 690/2025 vom 25. Juni 2025
Direktion: Bau- und Verkehrsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

PFAS in Trinkwasser und Böden - Was tut der Kanton Bern konkret?

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), auch als «forever chemicals» (Ewigkeitschemikalien) bekannt, sind mittlerweile überall zu finden. Sie wurden und werden seit Jahrzehnten beispielsweise in beschichteten Bratpfannen, Regenjacken und Löschschaum eingesetzt. Diese Chemikalien gelangen in die Umwelt und können in der Nahrungskette sowie im Menschen nachgewiesen werden. Für den Menschen stellen sie ein gesundheitliches Risiko dar. PFAS sind nicht akut giftig, aber chronisch toxisch. Es dauert lange, bis die schädlichen Wirkungen erkannt werden. Einige der Substanzen sind krebserregend oder unterdrücken die Immunantwort. Eine direkte Exposition etwa durch das Trinkwasser kann zu Störungen von Leber, Nieren und Hormonhaushalt führen.

Der Kanton St. Gallen hat schon vor Jahren einschneidende Massnahmen ergriffen, der Kanton Bern zaudert. Weshalb? Es wird vermutet, dass PFAS insbesondere durch belasteten Klärschlamm in die Böden und von dort ins Wasser und die Nahrungskette des Menschen gelangen.

Der Kanton Bern prüft und überwacht seit 2022 das Grundwasser auf PFAS. Für über 100 Messstellen liegen Daten vor, bei 35 wurden PFAS nachgewiesen.¹ Nach Einschätzung des Regierungsrates geben «die ersten Erkenntnisse jedoch keinen Anlass zur Sorge, was die Qualität aus dem Grundwasser entnommenen Trinkwassers betrifft».

¹ 2023-fb-grundwasser-pfas-gewaesserbericht-2019-2022-gbl (1).pdf

Eine nationale Untersuchung hat aufgezeigt, dass PFAS im Grundwasser weitverbreitet sind. Im Kanton Bern ist dies bei 35 von 103 Grundwassermessstellen der Fall, wobei die aktuell gültigen Höchstwerte eingehalten wurden. Die höchsten Belastungen wurden in Ostermundigen und Niederbipp registriert. Das kantonale Amt für Wasser und Abfall betont, dass im Grundwasser und nicht im Trinkwasser gemessen wurde. Das Grundwasser wird jedoch als Ressource für die Trinkwasserversorgung genutzt.

Bis jetzt wurden im Kanton Bern jedoch noch keine Messungen des Klärschlammes gemacht. Klärschlamm wurde während längerer Zeit als Dünger auf den landwirtschaftlichen Feldern ausgebracht. Seit 2006 ist das verboten, die PFAS bleiben jedoch und bauen sich nicht ab. Auf Anfrage von Berner Medien hat der Regierungsrat im Oktober 2024 gemeldet, dass man versuche, mögliche «Hotspots» zu eruieren.

Aus nationalen Studien mit einem Bodenbeobachtungsnetz mit 146 Standorten der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften wurden auch 17 Standorte im Kanton Bern getestet. Der Medianwert über alle Stationen liegt bei 1,2 Mikrogramm pro Kilo. Im Kanton Bern gibt es Standorte mit deutlich höheren Werten:

- Wald bei Langenthal: 5 Mikrogramm
- Felder bei Lützelflüh, Lauperswil, Wiedlisbach: 2 Mikrogramm

Das kantonale Amt für Wasser und Abfall verfügt über eine Datenbank, die Auskunft darüber gibt, welche landwirtschaftlichen Betriebe Klärschlamm angenommen haben. Laut Oliver Steiner (Abteilungsleiter Betriebe und Abfall) sei man daran, die Daten aufzubereiten.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahr einer PFAS-Kontaminierung von Nahrungsmitteln sowie des Grund- und Trinkwassers im Kanton Bern ein?
2. Wann ist mit konkreten Resultaten und Analysen aus der Datenbank des kantonalen Amtes für Wasser und Abfall zu rechnen?
3. Umfasst die Datenbank die richtigen Standorte bzw. wie wird evaluiert, ob es noch weitere «kontaminierte» Böden/Felder/Grundwassermessstellen gibt?
4. Wann und wie werden die Öffentlichkeit und die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe und Gemeinden informiert?
5. Welche Unterstützungsmassnahmen sind sowohl für das Trinkwasser als auch für die Böden der betroffenen Betriebe vorgesehen?

Antwort des Regierungsrates

1. *Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahr einer PFAS-Kontaminierung von Nahrungsmitteln sowie des Grund- und Trinkwassers im Kanton Bern ein?*

Im Zeitraum von 2021 bis 2025 wurden PFAS Analysen an 173 Grundwassermessstellen des Grundwassers oder des Rohwassers von öffentlichen Wasserversorgungen erhoben. Bei 107 der 173 Messstellen wird das Grundwasser ins Trinkwassernetz eingespiesen. Erhöhte Belastungen wurden dort nachgewiesen, wo sich belastete Standorte im Einzugsgebiet der Messstelle befinden (Brandübungsplätze, Brandereignisse, Deponien, etc.). In den Jahren 2023/24 wurden 220 Trinkwasserproben auf PFAS untersucht. Die analysierten Proben entsprachen überall den aktuell geltenden gesetzlichen Vorgaben. Die EU hat bereits strengere Grenzwerte

eingeführt, die ab 2026 auch in der Schweiz gelten werden. Nur bei einer Wasserversorgung im Kanton Bern wurde dieser zukünftige Höchstwert für PFAS in Trinkwasser überschritten. Analysen von Nahrungsmitteln auf PFAS sind in diesem Jahr geplant.

2. *Wann ist mit konkreten Resultaten und Analysen aus der Datenbank des kantonalen Amts für Wasser und Abfall zu rechnen?*

Die bereits archivierte Klärschlamm-Datenbank, welche sämtliche Klärschlammlieferungen an Landwirtschaftsbetriebe im Zeitraum von 1991 bis 2008 enthält, wurde vom AWA im ersten Quartal 2025 ausgewertet. Bei den erfassten Lieferungen handelt es sich ausschliesslich um betriebsspezifische Angaben. Entsprechend gibt die Datenbank keine Auskünfte, auf welchen Parzellen Klärschlamm ausgebracht wurden. Ebenso gibt die Datenbank keine Auskunft in welchen Klärschlämmen PFAS überhaupt vorhanden waren, da diese damals nicht untersucht wurden. Die ausgewerteten Daten wurden anschliessend an die Fachstelle Boden des Kantons Bern weitergeleitet.

3. *Umfasst die Datenbank die richtigen Standorte bzw. wie wird evaluiert, ob es noch weitere «kontaminierte» Böden/Felder/Grundwassermessstellen gibt?*

Wie bereits in Antwort 2. erwähnt, liefert die ausgewertete Klärschlamm-Datenbank keine parzellenscharfen Angaben zu Klärschlammlieferungen auf landwirtschaftlich genutzten Böden und es ist nicht bekannt, welche Klärschlämme überhaupt PFAS enthielten. In der zweiten Jahreshälfte 2025 sollen 60 mit Klärschlamm gedüngte Standorte auf Bodenbelastungen durch PFAS untersucht werden.

4. *Wann und wie werden die Öffentlichkeit und die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe und Gemeinden informiert?*

Die Öffentlichkeit und die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe und Gemeinden werden über die Entnahme der Bodenproben informiert. Für den Fall, dass keine Bodenbelastungen durch PFAS festgestellt werden oder die Bodenbelastungen unterhalb der kritischen Schwellen liegen, wird schriftlich orientiert. Bei kritischen Bodenbelastungen wird telefonisch und bei Bedarf vor Ort informiert. Weitere, gezielte Informationsmassnahmen in anderen Bereichen sind nach Vorliegen von gesicherten Resultaten geplant. Zudem fordert das im März 2025 eingereichte Postulat 040-2025 einen umfassenden Bericht zur Verbreitung, zu möglichen Kosten und Gefahren durch per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) im Kanton Bern (2025.GRPARL.107). Der Regierungsrat ist bereit, die geforderten Informationen bereitzustellen.

5. *Welche Unterstützungsmassnahmen sind sowohl für das Trinkwasser als auch für die Böden der betroffenen Betriebe vorgesehen?*

Die betroffene Wasserversorgung hat Kenntnis von den Resultaten. Sie ist seit längerer Zeit in Kontakt mit dem Amt für Wasser und Abfall, um eine alternative Wasserbeschaffung zu realisieren. Unterstützungsmassnahmen für Betriebe mit belasteten Böden werden nach der geplanten Messkampagne in der zweiten Jahreshälfte 2025 und nach Vorliegen von verbindlichen Beurteilungswerten durch den Bund möglich sein.

Verteiler

– Grosser Rat